

Volksstimme

Einzelpreis 1.25

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortl. Redakteur Wilhelm Kiepert jun., Magdeburg. Verantwortl. für Inserate: Wilhelm Einbaun, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitzsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprecher-Anschlüsse: für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 861. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 114.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 84.00 Mark, monatlich 28.00 Mark. Beim Abbestellen und den Ausgabehelfen vierteljährlich 80.25 Mark, monatlich 26.75 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 84.00 Mark, monatlich 26.75 Mark. — Anzeigengebühr: die begebene Kompositionelle 450 Mark, ansonsten 6.00 Mark, im Restamertel Zeile 17.00 Mark, auswärts 22.00 Mark. Vereinstalender Zeile 4.00 Mark. Anzeigerabatt gibt verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postbestands: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 148.

Magdeburg, Mittwoch den 28. Juni 1922.

33. Jahrgang.

Walter Rathenau.

„Die Menschheit trägt eine gemeinsame Verantwortung. Jeder Mensch ist für das Schicksal jedes Menschen verantwortlich, auf das er Einfluß hat, jede Nation ist verantwortlich für das Schicksal jeder Nation.“ Im Dezember 1918 richtete Walter Rathenau diese Worte an den einflussreichen amerikanischen Oberst House. In den Wochen des sorgenvollen Wartens auf eine Entscheidung über unser Schicksal.

Das deutsche Volk war durch dunkle Jahre des Krieges geschritten, hatte in seiner höchsten Not alle Fesseln gesprengt, Mauern politischer Knechtschaft niedergedrückt und suchte weit ein Tor zu öffnen, das in ein Leben der Freiheit führte. Freude und neue Zuerstreckung entfalteten damals ihren heiligen Brunt und Lebensmut hob alle Herzen. Denn mit der politischen Knechtschaft war auch das entsetzliche Morden auf den Schlachtfeldern beendet.

Ins Land der Freiheit ging unser Weg; es war ein armes Land; kein Paradies, sondern eine Wüste. Der Krieg hatte alle Lebensgüter aufgezehrt, zu neuem Wirken und Schaffen fehlte es an Mitteln. Drohend erhob sich aber an unsern Horizonten das fürchterliche Gespenst einer unabsehbaren langen Schuldnechtschaft unter den siegreichen Mächten. Drüben bei den Siegern im Weltkrieg sah die Erbitterung mit am Beratungstisch und schmiedete Ketten. Im Volke war ein Bangen vor dem Diktat der Sieger und Furcht vor der eignen Vergangenheit, die wir doch noch — trotz der Revolution — als schwere Schuld hinter uns her zu schleppen hatten. Da warb Rathenau im Ausland für das republikanische Deutschland. Mit allen Mitteln seiner reichen Sprache, der Kraft seiner hohen Gesinnung, seinem Ansehen suchte er politische Einsicht zu wecken und die Herzen zu rühren. Bei den Völkern und bei den Machthabern.

„Euch frage ich geistige Menschen aller Völker, Gelehrte, Staatsmänner und Künstler; euch frage ich, Arbeiter, Proletarier, Bürger, darf ein lebendiges Volk geistiger, europäischer Menschen mit seinen Kindern und Ungeborenen, seines geistigen und leiblichen Daseins beraubt, zur Fronarbeit verurteilt, ausgestrichen werden aus dem Kreise der Lebenden?“

Er ist seit der Revolution nicht müde geworden, dem deutschen Volke eine Bahn zu schaffen, die es wieder hineinführt in den großen Lebenskreis der Kulturvölker. Wir können

als Ausgeschlossene nicht leben!

Seine ganze Person setzte Walter Rathenau an dieses Ziel. Seine Verebtheit, sein Wissen als Industrieführer, als Techniker, Gelehrter und Staatsmann neuen und großen Stils. Er suchte einen Weg zu neuen Lebensmöglichkeiten, er konnte nur von einem politisch freien Volke beschritten werden. Haß und giftige Verleumdung standen gegen ihn auf, er blieb seiner Idee treu und — starb für sie.

„Die Menschheit trägt eine gemeinsame Verantwortung.“

Unter den schlichten schaffenden Menschen in Fabriken, Werkstätten und Kontoren werden wenige sein, die diese seine Worte gelesen oder gehört haben, aber viele Hunderttausende, die sein Wirken sahen und ehrlichen Willens sind, haben daraus dies innere Gesetz seines Handelns gefühlt. Und deshalb zog die Kunde von seinem Tode durch die Arbeitsräume wie ein dunkler Schatten und durch die Herzen wie eisiges Schanern. Die Arbeitsleute ließen die Hände ruhen, der Lärm der Arbeit schwieg plötzlich; das Volk gedachte des Toten und dachte an sein eignes Geschick.

Der Tod, von Mörderhand gesandt, ist Feuerträger geworden. Eine Flamme loht auf und leuchtet in dunkle Gründe des Hasses und politischer Verkommen-

heit. Aber sie läßt uns auch menschliche Größe sehen und das

gemeinsame Werk: die Republik,

die demokratische Staatsgemeinschaft, das Ziel: die befreite sozialistische Menschheit.

Man sagt von der sozialistischen Arbeiterschaft, sie wäre durch die feige Mordtat deswegen im Tiefsten aufgewühlt, weil sie die Republik, die Errungenschaft der Revolution, gefährdet sähe. Es sei weniger der Mensch als die Sache, die die große Erregung ausgelöst habe. Wenn es so wäre, es würde ein stolzes Zeichen dafür sein, daß der republikanische Gedanke Lebensinhalt geworden und eingeschlossen ist in den Köpfen und Herzen des arbeitenden Volkes. Und sicher ist dies Verhältnis zur Republik nicht nur ein Wunsch, sondern schon eine Erfüllung. Der Volkszorn erhebt sich, wenn die Republik gefährdet ist, ganz gleich welcher Art die äußere Ursache ist. Die Erkenntnis wurzelt tief in den Massen, daß das deutsche Volk auf Gedeih und Verderb verketten ist mit der republikanischen, demokratischen Staatsform. Doch als Rathenau den Feinden der Republik zum Opfer fiel, da war es nicht nur die Sache, da war es auch das Schicksal des Menschen, das tief erschütterte.

Zwischen Menschen wie Rathenau, der ausgesprochen hat, Sozialismus darf für den einzelnen nicht heißen Anspruch, sondern Verpflichtung, und wirklichen Sozialisten, besteht eine geistige und seelische Verbundenheit, auch wenn ihre Anschauungen weit auseinandergehen bezüglich der praktischen Mittel und der Zielsetzung im großen öffentlichen Dingen. Der

Sozialismus ist die Sehnsucht

nach edlem Menschentum und in Rathenau offenbarte sie sich in schlichter Größe.

Er ist zwar auf des Lebens Höhe geboren, hat soziale Not niemals selbst zu kosten bekommen. Als Sohn eines der ersten Großindustriellen standen ihm alle Mittel der Bildung zur Verfügung. Was es heißt, hungern geistig zu pflegen, hat er nicht erfahren. Aber der hochstehende Geist dieses Mannes und sein starkes sittliches Empfinden trug ihn über den engen Kreis seiner Klasseninteressen hinaus. Er sah im Leben nicht nur Industrieunternehmungen, Geschäftsabschlüsse, materielle Gewinnmöglichkeiten. Für ihn waren die Arbeiter auch nicht Objekte, Werkzeuge, sondern Menschen, die den gleichen göttlichen Funken in der Brust trugen wie er. Er malte kein heuchlerisches falsches Bild von einer bestehenden klassenlosen Gesellschaft, wie es bürgerliche Politiker und alldeutsche Professoren zur Beruhigung ihrer besitzenden Zeitgenossen entwerfen, er dachte die krassen Gegensätze, die zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehen, schonungslos auf und fand für die Arbeiter, ihre soziale Lage und die Hoffnungslosigkeit ihres Lebens Worte, die für den Adel seines Herzens wie für seinen scharfen kritischen Verstand Zeugnis ablegten. In seinem Buche „Von kommenden Dingen“, vergleicht er das Leben des modernen „freien“ Lohnarbeiters mit dem der Sklaven, Heloten und Leibeigenen im Altertum und Mittelalter.

„Die Arbeit des Proletariats genießt zwar jene lockende Anonymität der Abhängigkeit. Er hat die Freiheit, Ort und Stellung zu wechseln.“

Dennoch verliert sein Leben, wie er es auch in dieser Scheinfreiheit gefaltet, in generationenlanger Dede und Gleichförmigkeit über und unter Tage. Der ein paar Monate lang bei ungeistiger Betätigung von 7 bis 12 und von 1 bis 6 das Zeichen einer Pein herangeseht hat ahnt welche Selbsterleugnung ein Leben der entsetzten Arbeit fordert; niemals wird er versuchen, dieses Leben als zuzulebendes zu rechtfertigen.“

Der Industrielle Rathenau, der zugleich Philosoph und Menschenfreund war, ist durch Beobachten und

Gedankenarbeit zur Erkenntnis des Klassencharakters der Gesellschaft gekommen. Dem Arbeiter

hämmert das Leben Klassenbewußtsein

ein. Rathenau will im geistigen Dingen sittliche Kräfte lebendig machen und die Zerklüftung überwinden. Der Arbeiter sieht im Klassenkampf das Mittel, die kapitalistische Wirtschaftsform zu beseitigen, den Sozialismus, in dem es keine Klassen gibt, zu errichten. Es ist eine Sehnsucht und ein Wille: Das Leben zu erheben, den Menschen zu befreien aus materiellen Bindungen, die Menschen vom Menschen trennen. Hier ist ein innerer seelischer Pulsschlag und ein Gemeinsames: Menschen, die über das kleine erbärmliche Leben der Gegenwart, über sich selbst hinaus wollen und sich einer Idee hingeben, die über dem einzelnen steht,

aber die Menschheit umfaßt.

Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung. Rathenau hat sich viel mit sozialen, sozialistischen und kulturellen Problemen beschäftigt. Das erwähnte Werk „Von kommenden Dingen“ ist gleichsam sein Bekenntnis zum Sozialismus, zu seinem Sozialismus. Er sieht die Wirtschaftsanarchie der kapitalistischen Gesellschaft, die entseelte Arbeit, die Trennung des Menschen von seinem Werke, die Mechanisierung des Lebens, das hoffnungslose und arme Leben der Arbeiter. Er sucht einen Ausweg. Er will organisierte Wirtschaft, will gleiche Bildungsmöglichkeiten, will den Luxus scharf bekämpfen und das Erbrecht beseitigen. Wenn die Arbeit mehr ergibt als verbraucht wird, wenn sich Reichtum anhäuft, dann hat kein leiblicher Erbe das Recht, diesen Reichtum, das Ergebnis der Arbeit anderer, an sich zu nehmen, sondern nur der Staat. Nur der Staat hat auch das Recht, unermeßlich reich zu werden, kein Staatsbürger. Der Staat hat Kulturinstitutionen zu schaffen, Fonds zu errichten, Alte, Kranke, Schwache zu versorgen aus seinem Reichtum. Die Einrichtungen des materiellen Lebens sind Rathenau allerdings nicht das Wesentliche. Es sind notwendige Formen, aber doch eben nur Formen. Der Inhalt, das Wesentliche ist ihm die

Gesinnung der Menschen,

ihre sittliche und seelische Kraft.

Rathenau war kein Träumer und idealistischer Schwärmer: Er war ein eminent praktischer Mensch. Im praktischen Wirken hat sich seine Genialität glänzend gezeigt. Das gewaltige Werk der geordneten Rohstoffversorgung während des Krieges war ein Beweis. Aus seinem arbeitsreichen Leben könnte noch eine lange Reihe aufgezählt werden. Er ging nicht unter in Geschäften. „Bedingung ist“, sagte er, „daß der Fuß nie den Boden, das Auge nie die Gestirne verliere.“

Rathenau verfolgte seit der Revolution mit Aufmerksamkeit und tiefem Verstehen die geistigen Neubildungen im Volke. Er stand auf den Höhen alter Kulturen, aber es fehlte ihm der Hochmut eines Mannes von Besitz und Bildung. Das Neue muß aus tiefer Quelle des Volkslebens fließen. In diesem Erkennen sah er auch im ersten Reichsjugendtag der Arbeiterjugend in Weimar und im Weimar-Buch der Arbeiterjugend das bedeutsamste Zeichen neuer Volkskultur seit der Revolution.

Zu der Stunde, in der unsere Reihen ins Volk gebracht werden, wird man den gemordeten Rathenau zur letzten Ruhestatt tragen. Die Arbeit ruht im weiten Lande. Das schaffende Volk vergißt den Toten nicht und hebt sein Werk, ihr eignes Werk.

die Republik empot,

trägt sie durch Kampf und Not zum Siege. Und in sich seiner Verantwortung bewußt, die auch den Tod nicht schent.

Was not tut.

Die brennende Frage, die durch den Mord an Rathenau aufgeworfen wurde, hat den Reichspräsidenten und die Reichsregierung zu außerordentlichen Maßnahmen veranlaßt, deren Sinn ausschließlich gegen rechts, gegen das monarchistische Mördergesindel gerichtet ist und die wir weiter unten im Wortlaut abdrucken. Die Verordnung sieht für die öffentliche Mißachtung der republikanischen Staatsform, die Achtung unserer führenden Republikaner und so weiter Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren und nebenher Geldstrafen bis zu 500 000 Mark vor.

Gepöb sind diese Maßnahmen scharf, wenn sie richtig angewandt werden. Aber wird uns eine derartige Anwendung garantiert? Gaben wir nicht schon in früheren Tagen, wo uns ehrliche Kämpfer für die Republik genommen wurden, von ähnlichen Maßnahmen gehört, ohne deren praktische Auswirkung zu sehen? Wir glauben gern, daß die Reichsregierung jetzt mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, durchgreifen will. Aber wir sind auch andererseits davon überzeugt, daß ihre Maßnahmen und Anordnungen vollständig von jenen Beamten sabotiert werden, die sich einig fühlen mit dem deutschnationalen Mördergesindel und sich leider noch heute zu Tausenden in der Verwaltung des Reiches usw., der Justiz und der Reichswehr befinden. Ohne diese Gefellen, die unter dem Deckmantel politischer Neutralität die Geheimorganisationen und Mordklubs der Rechten nach Kräften fördern, wären die Führer an Gareis, an Erzberger und jetzt die Akteure auf Rathenau sicher nicht, ohne daß auch nur eine Spur von ihnen vorhanden ist, entflohen, hätten überhaupt erst nicht die ausgeklügeltsten Vorbereitungen zu den einzelnen Morden treffen können. Solange diese charakterlosen Gesellen, noch außen politisch neutral, noch innen monarchistisch, bis in die Knochen, verantwortliche Amtsstellen im Reich und Ländern besetzen, solange wird das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen, solange müssen wir darauf gefaßt sein, auch noch die Besten aus unsern eignen Reihen durch Mord und Verbrechen zu verlieren.

Gleichzeitig mit den Maßnahmen gegen solche Beamten ist eine entschiedene Republikanisierung der Reichswehr notwendig. Eine Republikanisierung aber mit dem Reichswehrminister Geßler an der Spitze gibt es nicht. Ein Mann, der die Reichswehr vor dem monarchistischen Gesindel aufzurichten läßt, der sein Scharf zu Paraden vor Hofgarnen und Mittelbädern gehen hat, der Soldatengas für ehemalige Militärs zur Verfügung stellt, ist für die deutsche Republik unmöglich. Wir brauchen an der Spitze der Reichswehr einen Mann, der nicht nur schöne Worte für die Republik finden kann, sondern auch mit der monarchistischen Offiziersklique aufzuräumen versteht. Das trifft bei Geßler nicht zu. Er ist das willenlose Werkzeug des Generals von Seufft, der gleichzeitig mit ihm verschwinden muß.

Nach dem noch eins: Durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik, der alle politischen Vergehen, die sich gegen die republikanische Staatsform usw. richten, ist gewissermaßen die Unüberwindlichkeit der heutigen Justiz offen anerkannt. Auf diesem Wege muß die Reichsregierung fortfahren. Was uns im Augenblick besonders not tut, ist eine Außerkräftigung der Bestimmungen der Reichsverfassung über die Unabsetzbarkeit der Richter. Erst wenn man auch diesen Herren zeigt, daß die republikanischen Behörden nicht länger mit sich haben lassen, werden sie andern Sinnes werden. Ferner muß das Strafmaß bei Verurteilung der republikanischen Staatsform in besonderen Fällen auf eine resolute Vermögenskonfiskation der monarchistischen „Helden“ ausgedehnt werden.

Aber die Demokratisierung der Verwaltung, die Aufhebung in der Beamtenhaft, die Republikanisierung der Reichswehr, die Schaffung und Aenderung der nötigen Gesetzgebung, diese sind nur möglich, wenn für eine andere Zusammenfassung des Reichstags gesorgt wird, wenn die monarchistischen Parteien zurückgedrängt, die republikanischen Parteien gestärkt werden. Nur dann können wir zu der Zweidrittel-Mehrheit kommen, die für die Aenderung von Verfassungspartikeln notwendig sind. Nur dann können wir die Republik wirklich durch die Tat führen. Nur dann ist der Justiz auszuweichen, im Strafgesetzbuch zu ändern, nur dann die Staatsanwaltschaften unter republikanisches Gehalt stellen. Jeder Minister, jede Regierung ist nutzlos, wenn ihm nicht Rücken in die Hand gegeben werden, die gegen die Verbrecher geschlossen werden können. Die Waffen sind heute nicht da. Die monarchistische höhere Beamtenhaft kann nicht mehr hinter dem hohen Rande, der zum Schutze der Beamten errichtet worden ist, und durch die Republik lange stehen.

III. Das Verlangen ist aber nur erreichbar, wenn spätestens Reichstagswahlen stattfinden. Sie werden mit absoluter Sicherheit ein anderes Gesicht des Parlamentes ergeben. Nur dann können wir vorwärts. Geht es nicht, dann müssen wir uns Kräfte überbedenken, dann muß es auch Hoffen und Träumen geben, so gehen wir nach Erzbergers Ermahnung, Enttäuschung und Empörung, Leben und Forderungen verpacken nach langer Zeit und die Mordgesellen wie ihre Helfershelfer sind bald wieder oben.

Das Rechte müssen Latein folgen. Die erste Lat in die deutsche Verwaltung des Reichstags vom 6. Juni 1920 und die Aufhebung des Reichstags. Wir erwarten von unsern Freunden, daß sie diesen Ruf aufpassen und danach handeln.

Verordnungen zum Schutze der Republik.

Der Reichspräsident hat am 24. Juni folgende Verordnung zum Schutze der Republik erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

I. Verbote und Beschränkungen.

§ 1. Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen können verboten werden, wenn die Besorgnis besteht, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die zur gefährlichen Verleumdung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes aufreizen, solche billigen oder verherrlichen oder die republikanischen Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen. Vereine und Vereinigungen, die Befreiungen dieser Art verbieten, können verboten und aufgelöst werden.

§ 2. Zuständig für Maßnahmen nach § 1 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um die Anordnungen einer solchen Maßnahme ersuchen. Glaubte die Landeszentralbehörde, einem solchen Ersuchen nicht entsprehen zu können, so teilt sie dies bis spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsministerium des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des im Abschnitt III vorgesehenen Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik an. Entschieden dieser für die Anordnung, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen.

§ 3. Gegen eine Anordnung nach § 1 binnen 2 Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzulegen. Diese kann ihr außer im Falle des § 2 abhelfen. Ansonsten hat sie die Beschwerde unverzüglich dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zur Entscheidung vorzulegen.

§ 4. Wer nach § 1 verbote Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen veranstaltet oder in solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann.

II. Strafbestimmungen.

§ 5. Mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe anordnen, bestraft:

1. wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes verherrlicht oder billigt oder wer solche Gewalttaten belohnt oder begünstigt;
2. wer zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes auffordert, anreizt oder solche Gewalttaten mit einem andern verabredet;
3. wer die Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes verleumdet oder öffentlich beschimpft;
4. wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft;
5. wer an einer Verbindung, die in § 128 und in § 129 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Art teilnimmt, wenn die Verbindung den Zweck hat, die republikanische Staatsform zu untergraben.

III. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

§ 6. Bei dem Reichsgericht wird ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet. Der Gerichtshof entscheidet in einer Besetzung von sieben Mitgliedern. Drei Mitglieder ernannt das Präsidium des Reichsgerichts aus den Mitgliedern des Reichsgerichts, vier Mitglieder ernannt der Reichspräsident. Die vom Reichspräsidenten ernannten Mitglieder brauchen nicht die Fähigkeit zum Richteramt zu haben. Für die ordentlichen Mitglieder sind Stellvertreter zu ernennen. Die notwendigen ergänzenden Anordnungen trifft der Reichsminister der Justiz. Anklagebehörde ist die Reichsanwaltschaft. Der § 147 Absatz 2 und der § 153 des Gerichtsverfassungsgesetzes gelten entsprechend. Auf das Verfahren finden die Vorschriften über das Verfahren vor den Strafakzessoren entsprechende Anwendung. Der Reichspräsident kann besondere Vorschriften erlassen. (Dieser Paragraph ist an Sonntage abgeändert worden, die drei Berufsrichter werden nicht vom Reichsgericht, sondern auch vom Reichspräsidenten ernannt. D. Red.)

§ 7. Der Staatsgerichtshof ist zuständig:

1. für Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reiches oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes;
2. für die nach § 5 dieser Verordnung strafbaren Vergehen. Die Anklagebehörde kann eine Unterbringung an die Stelle zeitweiliger Einzelhaft anordnen. Der Staatsgerichtshof kann eine bei ihm anhängig gewordene Untersuchung auf Antrag der Anklagebehörde zum ordentlichen Verfahren überweisen. Die Berufsrichter sind auch anzuwenden auf die von dem Justizminister dieser Verordnung begangenen strafbaren Handlungen. In in der Sache bereits ein Urteil ergangen, gegen das die Revision zulässig ist, so entscheiden über die Revision die ordentlichen Gerichte.

IV. Recht des Druckschreibens.

§ 8. Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 über die Beschlagnahme von Druckschriften (§§ 25 ff. des Gesetzes) finden auch auf die in § 5 dieser Verordnung bezeichneten Vergehen mit der Maßgabe Anwendung, daß gegen den Beschlagnahme des Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme anordnet, die sofortige Beschwerde statfindet und die Beschwerde aufschiebende Wirkung hat.

§ 9. Wird eine Beschlagnahme einer periodischen Druckschrift durch das zuständige Gericht angeordnet oder bestätigt, so kann die Druckschrift bis auf die Dauer von vier Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften des § 23 Anwendung.

§ 10. Wer eine nach § 9 bezeichnete periodische Druckschrift verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann.

V. Strafbestimmungen.

§ 11. Mitglieder der Regierung des Reiches im Sinne dieser Verordnung und der Reichspräsident, der Reichsminister und die Reichsanwälte.

§ 12. Die Artikel 116, 123 und 124 der Reichsverfassung werden, soweit sie den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehen, verdrängt und außer Kraft gesetzt.

§ 13. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Verbot der Regimentsoffiziere.

Der Reichspräsident hat folgende Verordnung erlassen: Mit Rücksicht darauf, daß bei der allgemeinen Heeresverwaltung der Regimentsoffiziere die nachstehend genannten Veranlassungen zu schweren Zwischenfällen führen können, verordne ich

auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet was folgt:

Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, die für den 28. Juni geplanten Veranstaltungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrags oder damit zusammenhängender Fragen auch außer den Fällen des Artikels 123 der Reichsverfassung zu verbieten. Das gleiche gilt bis auf weiteres für Regimentsfeiern und andere Veranstaltungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile. Wer eine hiernach verbotene Veranstaltung veranstaltet oder in einer solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann.

Die Artikel 116 und 123 der Reichsverfassung werden, soweit sie den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehen, verdrängt und außer Kraft gesetzt.

Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Das preussische Ministerium des Innern hat bereits die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten ausgearbeitet. Es ist zu erwarten, daß das preussische Innenministerium mit aller Schärfe die neue Verordnung durchführt und sein Augenmerk insbesondere auf die Presse legt, die seit Jahr und Tag für den gegenwärtigen Zustand vorgebereitet hat.

Das Preußenparlament über den Mord.

Im Preussischen Landtag hatte am Sonnabend die Nachricht vom dem Mord an Rathenau genau wie im Reichstag eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Verhandlungen mußten unterbrochen werden, es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen mit den Deutschnationalen.

Als Präsident Reinert die Sitzung wieder eröffnete und der Deutschnationale Delze auf seinen Platz als Schriftführer sich begab, erhob sich ein so starker Lärm, daß Reinert sich gezwungen sah, den Delze zu bitten, seinen Platz als Schriftführer nicht einzunehmen.

In längeren Ausführungen würdigte der Landtagspräsident den Menschen Rathenau. Dann wies er auf die Rette der Wortführer an republikanischen Führern hin, an denen die Gehe der Monarchisten die Schuld habe. Reinert gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß tatsächlich die Republik in Gefahr ist und forderte energische, durchgreifende Maßnahmen.

Nach Reinert sprachen Vertreter der Parteien. Als auch ein Deutschnationaler die Rednertribüne bestiegen wollte, wurde stürmisch protestiert, so daß sich der Präsident gezwungen sah, das Wort dem Deutschnationalen nicht zu erteilen.

Am Montag fand die zweite Sitzung nach dem Mord statt. Als erster Redner nahm Ministerpräsident Otto Braun das Wort, der wie der Reichsjustizminister versicherte, daß die Ausnahmereordnungen des Reichspräsidenten nur gegen rechts angewendet werden. Nach ihm sprach Sehering und Haupttratte der Parteien.

Der Feind steht rechts.

Um 4 1/2 Uhr eröffnet Präsident Reinert im Preussischen Landtag in Anwesenheit des gesamten Staatsministeriums die Sitzung. Zur Verlesung gelangt ein Schreiben der Landtagsfraktion der Deutschnationalen, worin Protest erhoben wird gegenüber dem Verhalten des Präsidenten, der am Sonnabend dem Abg. Winkler (dt.-natl.) das Wort entzog. Die Verlesung wird wiederholt durch Zurufe wie „Papierfuss!“ und ähnliche unterbrochen. Präsident Reinert erklärt, das Schreiben werde dem Protokoll der Sonnabend-Sitzung angefügt werden. Im übrigen habe der Vorkommnisse seine Haltung in der Sonnabend-Sitzung nicht beanstandet.

Darauf werden die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände abgelehnt und folgender Antrag der Koalitionsparteien zur Beratung gestellt:

Das Staatsministerium wird ersucht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die den Bestand des Staates sichern. Der Landtag erwartet sofortige Vorlage der Ausführungsbestimmungen zu den vom Reich erlassenen Verordnungen.

Mit dieser Beratung verbunden sind die kommunistischen Anträge, die u. a. die Auflösung der Reichswehr und der konterrevolutionären Organisationen fordern. Ferner steht zur Beratung eine große Anfrage der Unabhängigen über das Strafverfahren betr. die Ermordung von Sieffrecht und Rosa Luxemburg. Des weitern stehen unabhängige Anträge über die Säuberung der Schupo und der Wehrmacht von monarchistischen Elementen und über die Angliederung von Verbänden der Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen an die Schupo für die Dauer des Ausnahmezustandes zur Besprechung.

Ministerpräsident Braun gibt dem Abscheu und der Enttäuschung der preussischen Regierung über die feige Mordtat an Rathenau Ausdruck. In kurzen Worten bezeichnet er das Lebensbild Walter Rathenaus und sagt: Nie ist der Wahnwitz derer klarer in die Erscheinung getreten, die glauben, mit der Waffe des politischen Mordmordes dem deutschen Volke helfen zu können, als durch die feige Mordtat an dem Außenminister Rathenau. Dieser Vorfall zeigt, daß der Wahnsinn in unsern eignen Reihen haust. Das politische Leben Deutschlands hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß der politische Mordmord nicht zur politischen Waffe wurde. Den politischen Mordmord stehen Kreise blies es vorbehalten, diesen Zustand zu ändern, das in einer Zeit, wo die politische Freiheit so groß ist, wie sie nie zuvor war. (Lebhafte Zustimmung.) Im Interesse unsers Vaterlandes müssen wir den

Kampf mit den Mordbuben

aufnehmen. Wir müssen den Kampf aufnehmen nicht nur gegen die bewährten Werkzeuge einer uralten Politik, sondern auch gegen jene, die diese Mordbuben begünstigen. (Sehr lebhaft.) Nach der ganzen Ausführung dieser Mordtat unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Mordbuben... (Auf links: „Der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ da drüben, Herr Bauer!“) Aber auch gegen diejenigen, die Mittel für diese Leute hergeben, muß mit aller Entschiedenheit eingeschritten werden. Der Kampf muß auch denen gelten, die durch ihre gewissenlose Beschäftigung die Mordatmosphäre geschaffen haben. (Auf links: „Kaefer!“) Man mag die jetzige Staatsform und deren Repräsentanten mit aller sachlichen Schärfe bekämpfen. Die Art aber, wie besonders in den letzten Monaten der Kampf gegen die Vertreter der Republik geführt worden ist, stellt alles in den Schatten, was jemals in einem Lande darin geleistet worden ist. Es muß sehr schädel um die Sache berer bestellt sein, die mit solchen Mitteln kämpfen. In alle Organe und Verbände, die es angeht, möchte ich die Worte richten, daß auch sie sich ihres Eides auf die republikanische Verfassung jederzeit bewußt sein mögen. (Lebhaft links.) Diese Maßnahmen der Reichsregierung sind bekannt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit geführt werden

muß. Der Kampf muß geführt werden unter der Parole: „Kampf gegen alle Feinde der Republik, wo sie auch stehen!“ (Stürmischer Beifall links und in der Mitte.)

Minister des Innern Seering: Als Folge der Mordtat können die Verhandlungen der Bergarbeiterorganisationen über das Lohn- und Ueberarbeitsabkommen scheitern. Wenn wir unter der Ablehnung der Ueberarbeitsabkommen im nächsten Winter mehr leiden müssen, so ist das allein auf das Konto der Bergarbeiter zu schreiben. Aber das ist nicht die einzige Gefahr. Es ist mir gemeldet worden, daß wir in Schlesien nicht nur eine überflüssige, sondern eine schließliche Frage im allgemeinen zu lösen haben. Versprengte Selbstschutzkolonnen und andre rechtsgerichtete Organisationen haben die Ruhe und Ordnung in Schlesien bereits gestört, daß selbst Vertreter der Sozialdemokratischen Partei wegen Verhängung des Ausnahmezustandes in Schlesien vorzeitig geworden sind. Was zur Bekämpfung der Gefahren getan werden kann, ist getan worden.

Hg. Heilmann (Soz.): Eine frivole Judenbege, die durch die Freisprüche der Gerichte unterstützt wurde, hat den Glauben erweckt, daß jüdische Staatsmänner vogelfrei sind. Wenn die Republik nicht mit äußerster Strenge vorgeht, ist Rathenau vielleicht nicht das letzte Opfer. Da zum Kampfe gegen das monarchistische Verbrechen Geld nötig ist, sollte die preussische Regierung das

Hohenzollernvermögen

zum Kampfe gegen die Feinde der Republik verwenden, wie Bismarck in ähnlicher Situation das Vermögen der Westfälische beschlagnahmte. So rasch wie möglich muß in Preußen die Antenne in weitestem Umfang erfolgen. Es sind uns eine ganze Reihe von Briefen zugegangen, in denen mitgeteilt wird, daß eine Anzahl Beamter sich in der gemeinsten Weise zum Tode Rathenaus geäußert haben. Ein Landrat in Schlesien sagte: „Gott sei Dank, daß der Jude verrückt ist!“ (Stürmische Entrüstung links und in der Mitte.) Ein Beamter, der den Anschlag der Trauerumgebung des Reichstags zu besorgen hatte, erklärte: „Diesen Wisch soll ich jetzt auch noch anheften!“ Eine Sekretärin des auswärtigen Amtes hat geäußert: „Gott sei Dank, daß ein Jude weniger ist!“ (Stürmischer Ausdruck der Entrüstung links.)

Als der Deutschnationale W. L. F. das Wort erhält, verkündet die sozialdemokratische Fraktion den Sitzungsfall, während Kommunisten und Unabhängige sich um die Rednertribüne scharen und den Redner fortgesetzt unterbrechen.

Nachdem noch Centrum, Unabhängige, Volkspartei und Demokraten zum gleichen Thema gesprochen haben, werden die Anträge dem Verfassungsausschuß überwiesen. Schluß 8 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.

Sie provozieren weiter!

Die Mordtaten sind übermütiger wie je. Darf man sich wundern? Es ist ihnen noch nie etwas geschehen, trotz der unzähligen Mordtaten, die sie auf dem Gewissen haben. Die vielgestaltige Mordpropaganda geht weiter. Wir warnen in ernster Stunde. Wir warnen nicht nur die Behörden, die Staatsanwälte und die Gerichte, wir warnen alle, die da glauben, daß Deutschland noch etwas zu verlieren hat. Greift zu, macht dem schamlosen Treiben schnell ein Ende, wenn anders die sich betrogen fühlende Arbeiterschaft nicht zur Selbsthilfe greifen soll. Nachstehend zählen wir auf, was uns über nationalstijische Absichten nach dem Morde bekannt geworden ist:

Sie spotten der Mutter.

Seit Sonntag werden sowohl die große Mutter Rathenau als auch seine Schwester mit Postkarten und Briefen überschwemmt, die von Unflätigkeiten strotzen. Die Schreiber entblöden sich nicht, ihrer Genugtuung über die gesungene Ermordung Rathenaus Ausdruck zu geben.

Neuere haben derartige Abschlüsse sogar in der Wohnung der alten Frau Rathenau telefonisch angerufen, sie an den Apparat bitten lassen und der unglücklichen Mutter durch den Fernsprecher von Gemeinheiten strotzende Worte zugerufen.

„Wert und Scheidemann leben noch...“

In München sammelten sich am Sonnabend und Sonntag in allen Stadtteilen große Menschengruppen, die über die Mordtat diskutierten. Nur im Münchner Universitätsviertel wurde der Freude über das verrückte Attentat unbeschwert Ausdruck gegeben. Das Bureau der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei schlug an dem von ihm bewohnten Hause folgendes in großen Lettern an:

Rathenau war Außenminister. Leider ist er tot.

Cbert und Scheidemann leben noch!

Kein Sicherheitsorgan fand sich ein, das diese Aufforderung zum Weitermorden entfernte. Erst als diese Provokation einen Aufstand veranlaßte, der zu Schlägereien führte, erschien plötzlich die Sicherheitspolizei.

Am Montag vormittag ereigneten sich vor dem Gebäude der „Münchner Post“ Auftritte mit Mordspatrioten.

Der übliche Sonntagsummel in der Feldherrnhalle an dem sich der gewesene Polizeipräsident Höpner beteiligen wollte, wurde durch ein starkes Massenauflauf der Münchner Arbeiterschaft, die mit schwarzrotgoldenen Fahnen aufmarschierte, verhindert.

Rüpelien auch in Nürnberg.

In Nürnberg ist zurzeit eine Wanderausstellung der deutschen Landwirtschaft mit Trachtenschau. Infolge nationalstijischer Rüpelien einiger Besucher und der Aufmachung des Publikums durch Spielen der Mordverleiber, kam es zu Zusammenstößen und Prügeleien.

Zwei Studenten versuchten am Hauptbahnhof die schwarzrotgoldenen Fahnen zu entfernen. Das gelang ihnen mit zweien, bei der dritten wurden sie erwischt und verhaftet. Der Stadtrat nahm die Vorgänge zum Anlaß eines Aufrufs, in dem er die Teilnehmer an der Ausstellung aufforderte, nicht die Geduld der Bevölkerung zu mißbrauchen. Als es trotzdem zu weiteren Zusammenstößen kam, wurde die Einzige aller schwarzweißroten Fahnen auf der Ausstellung wie in der Stadt befohlen. Die Trachtenschau, die einen Umzug durch die Stadt unternehmen wollte, mußte sich verpflücken, keinerlei nationalstijische Sieder spielen zu lassen.

Lobe den Herren...

Von einem Arbeiter wird uns mitgeteilt, daß er am Sonntag auf einer Prozession folgendes erleben mußte: Auf dem Prozeder war eine Gesellschaft jüngerer Leute, dem Anschein nach Studenten, nach ihren Abzeichen Parteigänger der Deutschnationalen. Sie waren ab des gemeinsamen Rades an Rathenau in ganz angeschlossenem Stimmung und ließen von der Musikante das Lied „Lobe den Herren...“ spielen und sangen selbst großartig mit. Für jeden Anwesenden war es unweigerlich, warum das christliche „Lobe den Herren...“ angesungen worden war.

Der „Stahlhelm“ hält Appell.

Wie uns gemeldet wird, hat der „Stahlhelm“ für Dienstagabend, also am Tage der Demonstration für die Republik, einen großen Appell angesetzt. Zu welchem Zweck wissen wir nicht, wir wollen annehmen, daß der Sinn des Appells nicht den Mitteilungen entspricht, die uns darüber gemacht worden sind und geben den Ort des Appells nicht bekannt, um unangenehme Zwischenfälle vorzubeugen.

Von der Leitung des „Stahlhelms“ wird bestritten, daß er zu jenen Organisationen gehört, die in dem Aufruf der Reichsregierung klar gekennzeichnet sind. Die behauptete politische Neutralität erscheint aber in einem merkwürdigen Lichte, wenn man erfahren muß, daß die Stahlhelmlaute in G. e. l. n. am Sonntag ein Festessen veranstalten. Festessen am Tage nach dem Morde!

Parteienossen.

Die Ermordung des Reichsaußenministers Rathenau durch nationalstijische Mordtaten drei Wochen nach dem mißglückten Blausäureattentat auf Ebertsche Scheidemann, zehn Monate nach der Ermordung Erzbergers, ändert wie ein Maratsch die der deutschen Republik drohenden schweren Gefahren an. Diese Gefahr besteht nicht allein in der systematischen Beseitigung der führenden republikanischen Staatsmänner, sie erhält noch ernsteren Charakter durch die Tatsache, daß Hand in Hand mit den Mordtaten reaktionärer Geheimorganisationen weit umfangreichere Bestrebungen gehen, die auf den gewaltsamen Sturz der Republik abzielen.

Mögen die deutschnationalen Kreise unter dem Eindruck der ungeheuren Erbitterung, die die Mordtat hervorgerufen hat, auch augenblicklich von der Tat und den Tätern abrücken, so besteht doch die unumstößliche Gewißheit, daß die deutschnationale Presse und die Reden der deutschnationalen Parlamentarier die vergiftete Atmosphäre geschaffen haben, aus der diese Taten erwachsen sind. Es ist weiter festzustellen, daß bis heute die Deutschnationale Partei es unterlassen hat, zwischen sich und den terroristischen Kreisen ihrer Anhänger die Trennungsklinie zu ziehen.

Wer die Symptome der letzten Zeit durchgeht, wer die Gesinnung beobachtet hat, von der die sogenannten Regimentsoffiziere und „nationalen“ Kundgebungen getragen waren, wer die Propagationen und offenen Gewaltakte der Reaktion verfolgt für den kann kein Zweifel bestehen, daß sich immer noch sehr weite Kreise der Nationalisten mit dem Gedanken

eines gewaltsamen Sturzes der Republik

tragen und auch Vorbereitungen treffen, diesen Plan in die Tat umzusetzen.

Gegen dieses Treiben kann für das werktätige Volk nur ein aelten: einmütige und entschlossene Abwehr. Vor allem muß die Arbeiterklasse erkennen, daß nur durch die Zersplitterung ihrer Einheit die Reaktion in Deutschland so rasch hat anwachsen können. Das beste Mittel zur Abwehr aller rechtsrepublikanischen Bestrebungen ist die Sammlung der gesamten werktätigen Bevölkerung, aller Arbeiter, Angestellten und Beamten usw. auf dem Boden des Sozialismus und der demokratischen Republik, um diese durch eine unüberwindliche, einheitliche Phalanx zu schützen. Damit ist gleichzeitig die stärkste Möglichkeit gegeben, durch die Machtmittel der Gesetzgebung und der Regierungsgewalt die

Gefahr des reaktionären Terrorismus

zu ersticken. Das schaffende Volk muß seine gesamte Macht, seinen ganzen Einfluß in die Waagschale werfen, damit durch Regierung und gesetzgebende Körperschaften die Maßnahmen durchgeführt werden, die sich mit zwingender Notwendigkeit aus der jetzigen Situation ergeben. Die sozialdemokratischen Vertreter in Regierung und Parlamenten werden alles aufbieten, um diese Maßnahmen wirksam zu machen. Aber da sie fast überall nur starke Minderheiten sind, so bedürfen sie der stärksten Unterstützung der Arbeiterschaft, um auch zögernde und unentschlossene Elemente des republikanischen Bürgertums mitzureißen, damit nicht auf halbem Wege stehengeblieben wird.

Die Verordnung der Reichsregierung zum Schutze der Republik zeigt, daß die Absicht der Reichsregierung dahin geht, den Kampf gegen den reaktionären Terrorismus aufzunehmen. Aber diese Verordnung weist noch zahlreiche Mängel auf. Wir verlangen, daß sie so bald als möglich durch ein

Gesetz zum Schutze der Republik

ersetzt werde, das ihre Mängel beseitigt.

Sehr wesentlich für den Erfolg ist die Art ihrer Anwendung. Wir fordern, daß die Verordnung getreu den Motiven, aus denen sie gegeben wurde, allein und ausschließlich als Verteidigungswaffe der Republik gegen ihre reaktionären Feinde verwendet wird. Damit dies geschieht, muß der Staatsgerichtshof, der in letzter Instanz über die Anwendung der Verordnung mitentscheidet ohne jede Ausnahme ausschließlich aus solchen Persönlichkeiten zusammenzusetzen sein, die als zuverlässige Anhänger des republikanischen Staatsgebauens bewährt sind.

Hand in Hand mit der Durchführung und Verbesserung der Verordnung muß die Reinigung aller staatlichen Organisationen gehen, in denen sich die Reaktion eingenistet hat. Wir fordern in erster Linie die Säuberung der Verwaltung, der Ministerien, der Schutzpolizei usw. von reaktionären Elementen. Besonders Augenmerk ist der Reichswehr zuzuwenden. Waffen tragen darf nur, wer der Republik bis auf den Tod ergeben ist. Nicht minder dringend ist die einschneidendste Einwirkung auf die Justiz, die bisher in der Bekämpfung des reaktionären Verbrechenstums vollkommen versagt hat. Der in der Verordnung begangene Weg, der jetzigen Justiz die Rechtsprechung in Strafsachen mit politischem Charakter aus der Hand zu nehmen und diese an zuverlässige republikanische Gerichtshöfe zu übertragen, muß zu Ende gegangen werden.

Damit dieses erreicht wird, und damit etwaige noch bevorstehende reaktionäre Anschläge abgewehrt werden, muß die Arbeiterklasse wachsam und alarmbereit bleiben. Die Organisation der Sozialdemokratischen Partei hat sich beim Rapp-Futich wie bei allen andern Gelegenheiten als die eiserne Armee zur Verteidigung der Republik bewährt. Arbeit unermüdet, ihre Stärke und Schlagkraft zu erhöhen.

Stehet jeder seiner Mann! Dann ist uns in dem schweren Kampfe der Sieg gewiß.

Es lebe die Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

An die deutsche republikanische Jugend!

Wieder ist ein treuer Führer und Kämpfer der deutschen Republik hinweggerafft. Nationalstijische Verhöhnung hat zu der Reihe der Mordtaten gegen republikanische Führer ein neues Glied gesetzt. Walter Rathenau, der ehrliche Patriot, ist die Opfer nationalstijischer Mordtaten geworden. Ein Schrei der Empörung geht durch die Sonne: Nun ist's genug! Republikanische Jugend, heureka!

Schließt die Frotz gegen die nationalstijischen Mordtaten! Wo ihr verbrecherischer Geist umgeht: Nieder mit den Mordverleibern und ihren Helfern! Republikanische Jugend, sei wachsam! Es geht um besterem um deine Zukunft. Wir stehen einmütig und begeistert hinter der hinführenden Kampfentscheidung: In Reue hinter allen Führern der deutschen Republik! Auf in die vordersten Reihen, wo es gilt zu Schutz und Trutz für unsere Republik! Beteiligt euch an allen republikanischen Kundgebungen!

- Reichsbund deutsch-demokratischer Jugendvereine.
- Verband der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands.
- Reichsbund deutsch-demokratischer Studenten.
- Reichsausschuß der Jungsozialisten der S. P. D.

Aufruf der Angestellten.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes richtet folgenden Aufruf an seine Mitglieder:

„Das unverantwortliche Treiben der antirepublikanischen Reaktion hat sich bis zur Untragbarkeit gesteigert. Der ruchlose Mord an Walter Rathenau ist das Flammenglied in welcher unmittelbare Nähe die Gefahr für den weiteren Bestand der Republik gerückt ist. Die Anschläge gegen die Republik sind aber nicht zuletzt gegen ihre eigentlichen Träger, die Angestellten, Beamten und Arbeiter gerichtet.“

Deshalb erklären wir namens aller gewerkschaftlich organisierten und freiheitlich denkenden Angestellten und in solidarischer Uebereinstimmung mit der feierlichen Kundgebung des ersten Gewerkschaftskongresses:

Bis hierher und nicht weiter!

Das drohende Verhängnis wird nur abgewehrt werden können, wenn die Reichsregierung sich nunmehr aufrafft, Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei rücksichtslos von allen volksfeindlichen Elementen zu säubern.

Die Aufforderung des Leipziger Gewerkschaftskongresses an die gesamte Arbeiterschaft, ihren Willen zur Verteidigung der Republik und ihrer Einrichtungen am Dienstag den 27. Juni, nachmittags, durch

ArbeitsEinstellung und öffentliche Demonstrationen

zu bekunden, gilt auch für die Mitgliedschaften der Arbeiterbünde. Die Ortspartei unseres Ablandes haben sich über die Durchführung der Demonstrationen sofort mit den Ortsauschüssen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zu verständigen. Für die Fortführung des Kampfes werden wir gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes alle erforderlichen Weisungen ergehen lassen.

Kollegen und Kolleginnen! Im März 1920 ist die Reaktion am geschlossenen Widerstand des werktätigen Volkes gescheitert. Haltet euch bereit, auch in dieser Stunde der Entscheidung das letzte für die Verteidigung eurer Grundrechte einzusetzen, und der Sieg wird unser sein!

Allgemeiner freier Angestelltenbunds

Der Vorstand: Aufhäuser, Urban, Stör.

Aufruf des Beamtenbundes.

Der Allgemeine deutsche Beamtenbund erläßt einen Aufruf, worin es heißt:

„Beamte! Auch euch hat die Reichsregierung aufgerufen, zum Schutze des Staates in Not und Gefahr mit dem ganzen Volke und der Regierung zusammenzutreten. Der Allgemeine deutsche Beamtenbund wiederholt diesen Ruf und fordert die gesamte deutsche Beamenschaft auf, sich offen für den Bestand der Republik, der sie zu dienen betruen ist, einzusetzen.“

Regierung und Parlament dürfen jetzt nicht mehr zögern, mit der Verwaltungsreform und dem demokratischen Aufbau des Beamtenkörpers durch Schaffung eines freiherrlichen Beamtenrechts gemäß den Bestimmungen der Verfassung Ernst zu machen. Durch ein Beamtenrätegesetz muß den Beamten nicht nur die Mitbestimmung in ihren persönlichen Angelegenheiten, sondern auch die lebendige Mitarbeit an der Ausgestaltung des Dienstvertrags ermöglicht werden.“

Der Beamtenbund fordert die Beamten auf, sich am Dienstag an den Kundgebungen der Gewerkschaften zu beteiligen. —

Kundgebung der Bergarbeiter.

Am 25. Juni tagte in Berlin die Reichslohnkommission der freigewerkschaftlichen Organisationen des Bergbaues, um zur Lohn- und Ueberarbeitsfrage Stellung zu nehmen. Nach sehr ausführlichen Verhandlungen über die Wirtschaftslage im Bergbau wurden einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

Die Konferenz der Reichslohnkommission der freigewerkschaftlichen Organisationen des Bergbaues, steht unter dem erquickenden Eindruck des Rathenau's am dem Reichsminister Rathenau, dessen ganzes Wirken dem Aufbau der zerstörten Wirtschaft und dem Abbau des tödlichen Mordwahns gewidmet war.

Die deutschen Bergarbeiter erklären durch ihre berufene Vertretung, daß sie zur Verteidigung der deutschen Republik und ihrer Regierung gegen die verbrecherischen Angriffe deutschnationaler, monarchistischer und militaristischer Mordtaten alles einsetzen. Die deutsche Republik darf die deutschen Bergarbeiter zu ihren stärksten und zuverlässigsten Stützen zählen.

Zur Sicherung der wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten der Republik ist aber die Erfüllung der berechtigten und möglichen Forderungen der Arbeiter unerlässlich. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß gewisse Unternehmerräte, die systematisch auf die Wiedererrichtung ihrer Alleinherrschaft hinarbeiten, an den Vorgängen der letzten Zeit nicht unmaßgeblich sind.

Die deutsche Bergarbeiterpartei lehnt es deshalb ab, angeführt dieser Lage zur Frage der Ueberarbeit Stellung zu nehmen.

Die andre Entscheidung nimmt zu den fürstlich abgehoffenen Lohnverhandlungen für den Kohlen- und Eisenerzbergbau wie folgt Stellung:

Die Konferenz steht in der höchsten Lohnverhandlung im Bergbau schwere Gefahren für unsere Kohlenproduktion. Eine Sicherung der Kohlenförderung ist nur bei Verbesserung der Ertragslage und diese nur bei Steigerung des realen Lohnes der Bergarbeiter möglich.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß im Besonderen die sehr hohe Lohnverhandlung des Eisenerz- und Metall-

... hat ... in seiner Weise der Meinung angehängt war. Sie kann deshalb die inwischen ergangenen ...

Republikaner, schließt euch zusammen!

Die Gesellschaft für republikanische Politik, die sich zusammenschließt aus Politikern aller republikanischen und demokratischen Parteien, sieht in der rücksichtslosen Verdrängung der letzten Regierung für alle entstehenden Demokraten und christlichen Republikaner, nunmehr unter Zurückstellung ihrer Parteimitgliedschaften zusammenzutreten zum Schutze der Republik und ihren Ausbau in freierwilliger, demokratischer und sozialistischer Weise.

Die Uneinigkeit der Republikaner hat die Gewaltpolitik ermöglicht, an der Geschlossenheit der Abwehr müssen ihre Angriffe scheitern.

Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik.
Schämann, Dr. Straß, Japhel.

Aufruf der Demokraten.

Die Demokratische Partei, die durch die Ermordung Rathenaus unmittelbar als Partei am härtesten getroffen wurde, bittet Rathenau gebieterisch um, erlaßt folgenden Aufruf:

Deutsche Demokraten!

Wiederrum ist durch Mordhand eine Stütze der Republik gefallen. Dieses Mal ist das Opfer ein Kämpfer unserer Ideen, unser Parteiführer, der Reichsminister des Innern, Dr. Walter Rathenau.

Diese schändliche Tat ist nur ein Glied in der Kette zahlreicher Mordtaten gegen die mühsame Aufbauarbeit im neuen Deutschen Reich. Wir haben lange gehofft, daß es gelingen werde, alle Schichten unseres Volkes in vaterländischem Gemeinschaftsgefühl, um die deutsche Verfassung zu führen. Wir haben deshalb den Geist der Versöhnlichkeit bezeugt.

Unsere Hoffnung hat getrogen. Die Politik der Versöhnung ist als Schwäche gedeutet worden. Gewissenlose Parteigänger und Verhetzer durch monarchistische Kreise hat das Vertrauen in Deutschland zur politischen Waise gemacht — eine Waise gegen die Verfassung, gegen die Demokratie, gegen die Republik.

Darum sagen wir den schärfsten Kampf allen Elementen an, die sich anmaßen, ihren auf der Wiederherstellung überlebter Zustände gerichteten Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes anzuhängen. Wir fordern die Zusammenfassung aller verfassungstreuen Volksschichten, um die Republik mit allen Mitteln des Geistes und der Kraft des Staates zu führen.

In diesem Kampfe muß jeder Parteigenosse im Reich seine Schuldigkeit tun. Jeder stelle sich den Organisationen zu verlässlicher Hilfe zur Verfügung.

Es gilt die Sicherung von Deutschlands Bestand, Ruhe und Zukunft.

Demokraten heranz! Benutzt alle Kräfte im ganzen Reich! Umgeben! Schließt euch mit allen wohlwollenden Freunden der Republik zu gemeinsamer Front zusammen!

Es lebe die Republik!

Deutsche Demokratische Partei.
Reiterer, Erlenz.

Die Magdeburger Demokraten kennen offenbar den Ruf ihres Parteivorstandes nicht, der dazu auffordert, mit allen Demokraten eine „gemeinsame Front“ zu bilden; denn sie rufen für Dienstag nachmittag eine Extraversammlung ein, die stattfinden soll, während der Sitzung der Reichstageskammer. Sie betätigen sich also nicht an der öffentlichen Landung.

Das Ausland über Rathenau.

Der englische Ministerpräsident Lloyd George.

In einer Ansprache in der Kaiser-Wahlversammlung zu London sagte Lloyd George: Rathenau war einer der größten Minister Englands. Er hat sein Bestes, um die guten Beziehungen zwischen diesem Land und den anderen Nationen, denen Deutschland durch den Krieg gequält hat, wiederherzustellen. Er hat sein Bestes, und deshalb wurde er ermordet. Ich kann nur meinen tiefsten Mitleid ausdrücken über das Verbrechen und dem Deutschen Volk sagen, daß Deutschland nicht leiden wird, weil es den Mord, der diese Tat ihrem eigenen Lande zuzugewandt hat, nicht bestraft. Rathenau war ein großer Staatsmann.

Minister v. D. Sauer.

Der ehemalige französische Außenminister Sauer erklärte einem Reporter, Rathenau habe gesagt, daß es notwendig und gerecht sei, daß Deutschland im Rahmen seiner Kräfte Strafe erhalte. Er, Sauer, habe in der französischen Debatte in Rathenau einen Mann gefunden, dessen guter Wille nicht zweifelhaft gewesen sei. Das hätte ihm der deutsche Reichstag nicht verweigert. Sauer habe er für das Reich alle möglichen Erleichterungen zu erlangen gesucht. Wenn man die politische Lage in Deutschland betrachte, wie sie sei, so habe man, daß die arbeitende Klasse in einem Grad von ungenügender Erregung gestanden sei. Die Lösung, die sie erhalte, ist hoch zu sein, um sie zu beruhigen, nicht zu loben. Man habe ihm dieser Seite, wie er, Sauer, aus seiner Debatte ersehen habe, in den allerletzten Tagen eine Unterstützung zugesagt. Auf alle Fälle würde man nachher sein auf daß, was sich ergebe, mit einer energiegelben und gerechten Politik beschreiben, die den politischen Frieden in Deutschland wiederherstelle. Sauer habe nicht damit eine Revolution, den letzten Schritt zu tun, zu erwarten.

Frankfurter Presse.

In der französischen Presse wird ... in der Reichstagskammer ...

Im letzten Jahre die ... Rathenau ...

Für die französische Presse ist der Mord an Rathenau ein neuer Beweis, daß die Gewaltpolitik gegen Deutschland fortgesetzt werden müsse. Auf diesen „Erfolg“ können die deutschen Monarchisten stolz sein. Die Neuierungen der französischen Nationalisten geben dem Reichstagler recht, der den Deutschen Nationalisten vorwarf, daß ihr Treiben dem Auslande die Waffen gegen Deutschland liefert. Nur einzelne Blätter, wie der „Populaire“, das „Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ und wenige andere meinen darauf hin, daß die Politik des Versailler Vertrags an dem innerdeutschen Unglück schuld ist.

Englische Presse.

Der „Observer“ schreibt u. a.: Die grausame Mordtat hat eine weitere der großen Figuren von der Bildfläche Europas weggenommen. Die Ermordung Rathenaus wirkt ein Mißgeschick auf den Wahnsinn derer, die den deutschen Monarchisten in die Hände spielen. Von welchem Gesichtspunkt aus immer, vom deutschen, vom französischen oder vom englischen, war Rathenau gerade der Deutsche, der hätte ermutigt und bestärkt werden sollen. Er war ein Mann von Verstand und Will, der sah, daß der Weg der Klugheit für Deutschland der war, sein Bestes zur Erfüllung des Vertrags zu tun. Als Volkswirtschaftler und Geschäftsmann war niemand besser als er dazu geeignet, erst auf die diesen Probleme der Erfüllung heranzugehen. Rathenau stand zwischen den beiden Feuern der französischen und der deutschen Reaktionäre, die einer des anderen Spiel spielten.

„Reilly Despatch“ nennt Rathenau Deutschlands mächtigsten und weitsehendsten Staatsmann und sagt: Rathenau war ein großer Mann, ein starker Mann und ein Mann mit zu weitem Will für jene, die die Hoffnung hegten, daß Deutschland wieder in die Fußstapfen des Preussentums treten werde.

„Sunday Times“ schreibt in einem besondern Artikel: Durch den an Rathenau begangenen feigen Mord wird nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa betroffen. Es wird Deutschland schwer sein, einen Ersatz für ihn zu finden. Die Alliierten beklagen den Tod eines früheren Feindes, der, obwohl er naturgemäß das Spiel seines Landes spielte, kein Anhänger des Imperialismus oder der Rache war, sondern offenbar den Frieden und europäische Zusammenarbeit erstrebte.

Italienische Presse.

Die römische „Tribuna“ schreibt: Mit Rathenau verschwindet die stärkste politische und wirtschaftliche Begabung, die das gegenwärtige Deutschland besaß. Rathenau und Birck wurden als diejenigen angesehen, die in erster Linie für die Erfüllungspolitik verantwortlich sind.

Das Blatt meint daraufhin, daß Deutschland durch die „im Versailler Vertrag aufgestellten wirtschaftlichen und politischen Unmöglichkeiten“ zur Verzweiflung getrieben werde. Damit trifft es den Kern der Dinge, denn nichts ist für die deutschen Reaktionäre förderlicher als die Gewaltpolitik der Entente.

„Idea Nazionale“ sagt: Rathenau war der hervorragendste Vertreter der neuen politischen und wirtschaftlichen Welt, die in Deutschland aus der bitteren Erfahrung des Krieges und der Niederlage entstanden ist. Deutschland verdankte fast ausschließlich seiner Tätigkeit die moralische Lage, die es über die Konferenzen von Spa, Wiesbaden, Briss, Cannes und Genoa hin dazu führte, daß es fast als Gleichberechtigter mit den Siegern verhandeln konnte.

Spanische Zeitungen.

„Gerald“ berichtet den Standpunkt, daß Deutschland in Rathenau einen seiner größten Männer verloren habe, einen Mann, der seinem Lande gehalten haben würde, aus der schwierigen Lage herauszukommen, in der es sich befindet.

„Action“ schreibt: Rathenau sei das Opfer eines feigen Mordes geworden, während das ganze Volk, das er der Welt gekostet habe, darin befangen habe, seine Intelligenz und seinen Willen in den Dienst seines Landes zu stellen, dadurch, daß er ein nicht gewöhnliches Talent mit einer Diplomatie entfaltete, die ihm selbst die Sympathie seiner Gegner eingetragen habe.

Deutscher Meinung.

Die österreichischen Zeitungen würdigen in Zeitartikeln die Verdienste Rathenaus und bezeichnen insgesamt den Mord als Symptom der Seeleukriege des deutschen Volkes und als Warnung für die ganze Welt. Sie schreiben, das Mißgeschick mit dem hervorragenden Manne vereine sich mit dem Mißgeschick für die ganze Nation, die diesen Tag des Unglücks und des herberührenden ansehensvollen Wahnsinns erleben mußte. Der Versailler Friede sei schuld an den leidenschaftlichsten Parteinungen in Deutschland, an der Verflüchtigung des deutschen Volkes und an der Kollapsierung Mitteleuropas.

Holländische Presse.

Die holländische Presse spricht ihre tiefe Entrüstung über die Ermordung Rathenaus aus und bezeichnet sie als Wahnsinnstat, herbeigerufen durch die unheimlichen Methoden ausgeheilter nationalisistischer Jugendkreise. Es sei eine Ironie, schreibt „Het Vaderland“, daß Rathenau, in dem Deutschland einen seiner größten Hüter verloren habe, in kürzlicher Rede für Deutschlands Rechte eingetreten sei und damit nationalisistischer Kreise nach dem Herzen gesprochen habe. In Paris habe man deshalb Alarm geschlagen, in Berlin habe man Rathenau totgeschossen.

Im Reichstag.

Über die unbeschreibliche Erregung, welche die Nachricht von der Ermordung Rathenaus im Reichstag ausgelöst hat, sind unsere Leser aus den Reichstagsberichten unterrichtet. Wir geben nachstehend trotzdem eine zusammenfassende Darstellung der Vorgänge im Reichstag aus der Feder eines bekannten sozialdemokratischen Parlamentariers, weil sie zeigt, wie sehr diesmal das Empfinden des Volkes und das der Volksvertretung übereinstimmen.

In Reichstag wurde der Mord an Rathenau wenig Minuten nach der Tat durch den Reichstagskler selbst bekannt. Die Anwesenden unterzogen sich der Stelle ihre Empfindungen. In einem Augenblick war Helfferich anwesend. Auf der Seite Bernhards beständige diesen Reichstagen ist der größte Ansehensverlust an dieser Nacht, die der unheimlichen Dunkelheit seiner großen Rede sei. Helfferich empfand nur die Erschütterung der Abgeordneten in ein Staunen, das sich nur durch die Fortsetzung des Reichstagsbeamtens beruhigte. Auch in anderen Kreislagen kam es zu den heftigsten Ausbrüchen gegen die monarchistische Regierung. Hören, wo sich ein Abgeordneter der Wöhrerpartei gegen sich selbst, sondern man hat den Ruf „Wöhrer!“ an den Kopf. Nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Demokraten und die Zentrumskräfte waren in großer Erregung. In der Wandelhalle, wo die Abgeordneten gewöhnlich zusammenkommen, kam es

stundenlang zu Ausbrüchen von einer Erregung, wie sie der Reichstag wohl niemals erlebt hat, nicht einmal an jenem furchtbaren Nachmittag, als vor den Türen die Maschinengewehre in demontierten Massen feuerten, Lote in das Haus getragen wurden und sich der Jörn gegen die Gewalttäter der äußersten Rechten richtete. Wir hörten, wie Abgeordnete des Zentrums, die am Freitag mit verhaltener Empörung die Rede Helfferichs angehört haben, diesen Mann als einen Schurken und Verbrecher bezeichneten. Auch in einer Sitzung der Zentrumspartei, die noch vor dem Bekanntwerden des Mordes im Reichstag stattfand, hat ein bekannter rheinischer Zentrumsführer die Gebrüde Helfferichs als die Politik eines Verbrechers bezeichnet. Lange als eine Stunde war in den öffentlichen Räumen des Reichstags kein deutschnationales Mitglied mehr sichtbar. Helfferich, Hertig und andre deutschnationale Abgeordnete verließen das Haus zu einer Sitzung der deutschnationalen in einem Hause des früheren kaiserlichen Automobillagers. Bald nach 12 Uhr, als der Abgeordnete Noe die Reichstagskammer betrat — die Sitzung war noch nicht eröffnet — traten ihm einige Abgeordnete der Linken mit dem Ruf „Wir Wöhrerbande!“ entgegen. Zwischen ihm und sie stellte sich der volksparteiliche Abgeordnete Admiral v. Brünninghaus, einer der übelsten Probolatreure der Rechten. Dieser Petz fand die Aufregung „komisch“. Er erhielt auf der Stelle die Mitteilung für sein Auftreten. Einige Abgeordnete, die dieses „komisch“ auf den Mord an Rathenau bezogen hatten, warfen Brünninghaus aus dem Saal. In dem Gemüß erhielt auch der volksparteiliche Abgeordnete v. Schöck, der Brünninghaus zu Hilfe kommen wollte, einige Blöße. Nach einigen Minuten erschien Präsident Loebe und bat die Abgeordneten, den Saal zu verlassen.

Kurz darauf kam es zu einem neuen Zwischenfall. Zwei gut gekleidete junge Leute betreten, ohne Erlaubnis dazu zu haben, durch Seitentüren das Reichstagsgebäude, um dem Abgeordneten Dr. Helfferich einen Blumenstrauß mit schwarzem roter Schleife zu bringen. Die Schleifen trugen die Aufschrift: „Dem Verteidiger der deutschen Ehre, Erzengel Dr. Helfferich.“ Mehrere Abgeordnete hielten einen der beiden fest und ließen seine Personalkarte feststellen. Der junge Mann behauptet, man habe ihm den Blumenstrauß zur Besorgung an Helfferich gegeben, und zwar im Auftrag eines südamerikanischen Kriegesvereins. Die Kriminalpolizei wird sich näher mit dem Menschen und seinen angeblichen und wirklichen Auftraggebern beschäftigen.

Mittags 2 Uhr trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen, um über die nächsten Maßnahmen zu beraten. Um 3 Uhr war die Trauerfeier für das Opfer der deutschnationalen Mordtate angefangen. Ruhig denkende Abgeordnete, die dieser feierlichen Ehrung einen würdigen Charakter machen wollten, traten an die deutschnationale Fraktion heran mit der Anregung, Helfferich möge an dieser Sitzung nicht teilnehmen. Der einfachste politische Akt, die geringste menschliche Rücksicht auf die Erregung im Hause, hätte den deutschnationalen gebieten müssen, dieser Anregung zu folgen. Sie taten es nicht, sondern erklärten, Helfferich werde zu der Sitzung erscheinen. Und so trat denn dieser Mensch ohne Gewissen mit einer Begleitung handfester deutschnationaler Abgeordneter in den Saal. Der an sich schon überhebliche Mann konnte sich vor Erregung kaum aufrechterhalten. Er sank sofort auf seinen Stuhl nieder und blieb dort wie angezogen während der beispiellosen Ausbrüche, die sich nun im Parlament abspielten. Zahlreiche Abgeordnete der Linken schürten nach rechts und riefen den klugbestehenden deutschnationalen und ihrem verbrecherischen Führer die ganze Schmach, die ganze Schande, den elementaren Jörn dieses dunkelsten Tages der Monarchie ins Gesicht. Keiner der deutschnationalen Abgeordneten wagte ein Wort. Sie bildeten einen Ball um den Helfferich. Vor ihm stellte man als besonders schmutzige weibliche deutschnationale Abgeordnete auf, und der Pfaffe Mumm — wir bitten jeden wahren Priester um Entschuldigung wegen dieses Wortes, aber es ist kein andres für diesen Mann möglich — stand mit seinem feisten Gesicht neben seinem gerichteten Parteigenossen.

Nun wieder versuchte Loebe die Sitzung zu eröffnen. Es gelang nicht, weil die Kommunisten und ein Teil der Unabhängigen riefen, daß sie mit einem Mörder nicht zusammen tagen wollten. Loebe hat die Abgeordneten, zu bedenken, daß sie hoch auch das Andenken Rathenaus ehren wollten, und durch diese Szenen die Trauerfeier unmöglich werde. Die Kommunisten riefen aber ununterbrochen, daß sie mit Wöhrern gemeinsam keine Trauerfeier abhalten wollten. Die deutschnationale Partei sei eine organisierte Mörderbande und gehöre nicht ins Parlament. Endlich gelang es sozialdemokratischen Abgeordneten, die Kommunisten zu beruhigen. Daß sich unter den deutschnationalen Abgeordneten Menschen befinden, die jedes Schamgefühl verloren haben, bewies der Abgeordnete Degler, der während dieser Ausbrüche und der Trauerfeier überhaupt beinahe ununterbrochen grinste. Auch andre deutschnationale Abgeordnete setzten ein Lächeln auf.

Loebe, den wiederholt die tiefe Bewegung übermannte, hielt in weicherer Form eine Trauerrede, die sich mehr und mehr zu einer Anklage gegen die geistigen Urheber der Mordtaten gestaltete. Der ganze Reichstag hatte sich erhoben. In der Regierungsbank standen sämtliche Minister. Zwischen Tisch und dem Vizekanzler Bauer stand der schwarzumfotete Stuhl Rathenaus, und auf seinem Plab lag ein Rosenstrauß. Unmittelbar nach Loebes Ansprache erhob sich der Reichstagskanzler, um in freier Rede Worte in das Haus zu schleudern, die im Parlament der Abgeordneten und auf den Tribünen gewaltige Stürme der Begeisterung hervorriefen. Der Präsident rief das sonst verpönte Handbellschellen nicht, weil immer und immer wieder der Jörn und der Wille zum Schutze der Republik sich in bonnerndem Applaus Luft machte. Spontan rief der Abgeordnete Weis: „Es lebe die Republik!“ Und zum erstenmal erlebten wir nicht nur diesen Ruf im Parlament, sondern vor allem auch, daß er begeistert auch von den Demokraten und vom Zentrum aufgenommen wurde. Der sozialdemokratische Antrag, die des Reichstagskanzlers und der unabhängige Antrag, auch die des Reichstagspräsidenten öffentlich anzuklagen zu lassen, wird hoffentlich im ganzen Lande durchgesetzt werden. Bis in das letzte Wort, bis in die letzte Amtsstube, in der deutsche nationale Beamte sich von der Republik begabten lassen, müssen diese Anklagereden bringen.

Die Markt sinkt ins Bodenlose.

Eine Stunde, nachdem im Grunewald die Schiffe der Hintersitz Rathenau niedergestreckt hatten, sprang der Dollar ganz plötzlich in die Höhe, und am Montag ist er weiter geklettert. Dieses Klettern des Dollars ist gleichbedeutend mit Verminderung des Marktwertes, ist gleichbedeutend mit dem Steigen der Preise. Auf diese Weise merkt auch der kleine Mann im gelegentlichen Orte sehr bald, gegen wen sich die Schiffe richteten. Der Reiner Weizen kostet jetzt schon tanjend Mark! Nicht allein Rathenau, sondern das werksichtige deutsche Volk ist niedergestreckt worden.

Zusammenstöße in Hamburg.

Hamburg, 27. Juni. Am Montag nachmittag demonstrierte in Hamburg in noch nie gesehener Stärke die Arbeitermacht. Von 20 Tribünen wurden Ansprachen gehalten. Auf dem Rindweg kam es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei, die entgegen einer Anweisung des Senats an einer Stelle in geballter Form aufgestellt worden hatte, um die Dammanne zu sichern. Die Polizei pflanzte ein Schuß auf: Galt! Wer weiter geht, wird erschossen! Es kam zu heftigen Zusammenstößen. Der kommandierende Offizier ließ schießen. Ein Koler und drei Verwundete blieben auf der Straße.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. Juni 1922.

Die geschenkte Zeitung.

Die Worbheger sind eifrig an der Arbeit. Durch die Ermordung der Führer der deutschen Republik will man die Republik treffen. Kein Mittel ist zu schmutzig, kein persönlicher Angriff zu gemein wenn sie nur ihr Ziel erreichen können.

„Magdeburger Tageszeitung“.

Sie wird in vielen Landorten den Arbeitern unentgeltlich geliefert. Das kann bei diesen Papierpreisen natürlich der Verlag nicht bezahlen. Die Großgrazier, die Junker und Schlotbarone haben ein Interesse daran, ihre Arbeiter wieder zu nationaler Nordgegnung zurückzuführen.

einen neuen Massenmord begeiern.

Die Arbeiter können ihre Zeitung begahlen wenn sie wollen. Ist sie doch noch verhältnismäßig billig gegen alle anderen Gegenstände. Die Arbeiterpresse, die „Volksstimme“, vertritt die Lebensinteressen der Arbeiter.

Eine Kundgebung der Jugend.

Mathenau ermordet! Dieses schreckliche Verbrechen erwiderte in Kaufenden von jungen Proletariatskämpfern Empörung. Nun hatten die beiden Jugendinternationales zum Sonnabend zu einer internationalen Kundgebung aufgerufen, die in Magdeburg in bester Weise verlief.

Die Not der arbeitenden Jugend ist bekannt. Wir verlangen in dem Jugendbuchgesetz eine Erleichterung der Lage der arbeitenden Jugend, damit wir eine Jugend heranbilden können, die fähig und bereit ist, an den großen Dingen der Menschheit mitzuwirken.

Als zweiter Redner sprach der Genosse Feld von der „Sozialistischen Proletariatsjugend“, der in treffenden Worten den Kulturstand unsers Volkes brandmarkte und aufrief, den kommenden Gefahren gefaßt ins Auge zu sehen.

Einen guten Ausklang fand die Versammlung durch die Rede des Genossen Hermann Molendy (Rotterdam). Deutsche Freundinnen und Freunde! Herzen, die froh sind und dieselben Ideale tragen, finden sich schnell zusammen.

Vollas eine Schande des Volkes errichten oder, wagen wollen, die Wölfer erneut aufeinander zu hegen, dann laßt uns Jungen unsere Stimme erheben. Niemals, niemals gehen wir wieder in den Schützengraben!

Nach der Kundgebung zog die Jugend in einem imposanten Aufmarsch durch die Straßen der Stadt zum Domplatz, wo Genosse Lösche paderbe Schlusßworte sprach. Die Jugend wühlte sich diesmal die Straßen der Stadt, in denen viele Proletariatsfamilien wohnen, um so ihren Arbeitsbrüdern das Wollen ihrer Jugend zu zeigen.

Fünf Minuten stillgestanden!

Die Trauerfeier für Mathenau beginnt im Reichstagsgebäude um 12 Uhr, nicht, wie zuerst beabsichtigt, um 2 Uhr. Demgemäß haben in Uebereinstimmung mit dem Reichsverkehrsministerium die Eisenbahnverwaltungen ihren ursprünglichen Befehl, den Verkehr von 2 bis 2 Uhr 10 Minuten anzuhalten, abgeändert, es wird nunmehr am Dienstag von 12 bis 12.05 Uhr der gesamte Verkehr angehalten.

Das Reichsverkehrsministerium hat angeordnet, daß alles dienstliche Personal zur Teilnahme an der Demonstration beurlaubt wird.

Das Reichspostministerium hat ebenfalls seine ursprünglichen Anordnungen geändert und völlige Stilllegung des Postverkehrs auf 12 Uhr festgelegt. Es soll aber bei zehn Minuten Dienstunterbrechung bleiben.

Möblierte Zimmer für Ausstellungsbesucher sind sofort anzumelden bei dem Wohnungsbureau der Ausstellung Hauptbahnhof

Eine Demonstration findet am Mittwoch abend 7 Uhr in Groß-Öttersleben statt. Sammelstelle ist der Gemeindeparkplatz.

Beseitigung der Hohenzollern-Denkmalen. Die Stadtverordneten-Versammlung von Halle hat beschlossen, sämtliche Hohenzollern-Denkmalen im Stadtgebiet zu beseitigen. In Magdeburg wird man sich gleichfalls mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Die Apotheken bleiben während der Demonstration geöffnet. Um in Notfällen schnelle Hilfe leisten zu können, werden am Dienstag auch während der Demonstration die Apotheken geöffnet bleiben. Es wird gefürchtet, daß nicht als eine Gegen-demonstration aufzufassen.

Eine Volksbühnenbewegung. In Magdeburg soll jetzt eine Volksbühnenbewegung ins Leben gerufen werden. Es ist ein vorläufiger Arbeitsausschuß eingesetzt, der die weitere Vorbereitungsarbeit für diese Bewegung leisten soll. Man beabsichtigt, alle Bevölkerungskreise zu erfassen. Parteipolitische und konfessionelle Befugnisse innerhalb dieser Vereinigung soll ausgeschlossen sein.

Abgabe einer Steuererklärung zur Gemeindegewerbesteuer. Diejenigen Gewerbetreibenden, die bisher zur Gewerbesteuer noch nicht veranlagt waren und denen unter Ueberforderung eines Formulars eine besondere Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung für die Gemeindegewerbesteuer für das Steuerjahr 1922 nicht zugegangen ist, müssen eine derartige Erklärung bis spätestens zum 15. Juli abgeben.

Der Einzelhandel schließt seine Geschäfte. Der Ausschluß der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels zu Magdeburg hat beschlossen, anlässlich der Besetzungsfreierhalten des Reichsministers Dr. Rathenau zum Zeichen nationaler Trauer die Geschäfte am Dienstag den 27. Juni 1922 ab 2 Uhr zu schließen. Wünschenswert ist, diesem Beschluß Folge zu leisten.

Die Gebühren für Gewerbegerichtsbesitzer müssen nach einer Entscheidung des Gewerbegerichts vom 23. Juni die Arbeitgeber tragen.

Ein Beurlingausbauer schlimmster Art. Kupfer- und Zinnmeister H. Dalichow in der Angerstraße zu sein. Er entließ fristlos einen im dritten Lehrjahr bei ihm beschäftigten Beurling, nachdem er ihn geschlagen hatte, weil er sich über die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit scharte. Die Verhandlung vor dem Gewerbegericht hat ein Mißschickliches „Präventivverfahren“ nicht weniger als 8 bis 12 Beurling sind im Betrieb beschäftigt, too zurzeit zwei Gesellen vorhanden sind. Zu allen möglichen häuslichen und Gartenarbeiten werden die Beurling herangezogen. Die Ausbildung scheint eine ganz mangelhafte zu sein, denn der Beurling erklärte, daß er im dritten Lehrjahr schon Köhre „biegen“ könne. Und wie ist die Bezahlung der Beurling? Ganze 20 Mark, d. h. noch nicht einmal den an sich schon niedrigen Tariflohn bezahlt der „Meister“ für die ganze Woche. Recht hatte die Mutter des jungen Mannes, wenn sie zum Beurling an Gerichtsstelle sagte, er solle sich schämen, mit solchem Hungerlohn einen Menschen nach Hause zu schicken. Mit vollem Rechte redeten die Richter der Mutter des Klägers zu, doch den Jungen nicht wieder in die Lehre dieses Meisters zu bringen, da sie doch selbst die Auffassung habe, daß er dort nichts lerne und das Verhältnis kein erfreuliches werde. Die Mutter sah das nicht ein und infolge dessen entschied das Gericht, daß der Meister den Beurling wieder einstellen und für die Ausbildung seiner Beurling größere Sorgfalt an den Tag legen müsse. Zu längerer Arbeit als 8 Stunden pro Tag sei keiner verpflichtet. Holzabladen und ähnliche Arbeiten gehören nicht zur beruflichen Arbeit. Vor allen Dingen sei aber die Entlohnung ganz unzulänglich. Außerdem wird das Gericht die zuständige Verwaltungsbehörde auf den Betrieb aufmerksam machen, um vor allen Dingen festzustellen, ob die vorhandene Beurlingszahl auch dem Verhältnis der beschäftigten Gesellen entspricht. Wenn diese „Beurlingszüchter“, die sich sonst als die ehrsamen Handwerker aufspielen, mehr durch die zuständigen Behörden kontrolliert würden, könnten solche Mißstände gar nicht bestehen.

Chedrama. Wegen Meineids und Verleitung dazu läuten sich vor dem hiesigen Schwurgericht der Werkmmeister Wilhelm Wahrburg, 64 Jahre alt, und die Ehefrau Fra Langer 41 Jahre alt, beide hier wohnhaft, zu verantworten. Der Sachverhalt der Klage ist folgender: Die Ehefrau Langer hatte vor dem Kriege eine Ehe-scheidungsklage gegen ihren Mann einreicht. Der Ehemann hatte vor dem Kriege eine Strafbuß zu verbüßen und mußte nach deren Verbüßung ins Feld. Die Anklage Langer von hierauf zu dem Angeklagten Wahrburg, mit dem sie schon vorher geschlechtlich verkehrt hatte. Nach Beendigung des Krieges erließ der Ehemann Langer Widerklage gegen seine Ehefrau, indem er sie des Ehebruchs und der gewerbedemütigen Unzucht beschuldigte. In diesem Ehecheidungsprozess hat dann der Angeklagte Wahrburg geschworen, geschlechtlichen Verkehr mit der Angeklagten nicht getrieben zu haben. Die Ehe wurde nicht geschieden und die Langer verblieb bei Wahrburg bis Dezember 1919, worauf eine Aufschüpfung der Eheleute erfolgte und diese wieder zusammenkamen. Im Frühjahr 1922 kam nun die An-eklagte Langer zu dem Kriminalkommissar Giebel und zeigte einen Rapf mit Eisen, das stark mit Oxalsäure durchsetzt war. Sie behauptete ihren Mann, daß er sie habe verzaubert wollen. Der Ehemann bestritt glaubhaft die Tat und es lenkte sich der Verdacht auch auf den Angeklagten Wahrburg. Bei den polizeilichen Vernehmungen stellte sich dann heraus, daß Wahrburg einen falschen Eid geleistet und von der Langer dazu verleitet sein will. Die Angeklagte Langer bestritt dieses ganz energisch, moegen Wahrburg die Tat eingesteht. Die Geschwornen bejahten die Schuldfrage bei beiden Angeklagten und rechneten dem Wahrburg mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragt für Wahrburg 1 Jahr Zuchthaus und für die Langer 2 Jahre Zuchthaus, außerdem für die- selbe den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und Verlust je endlich wieder als Feuge benommen zu werden. Das Urteil lautet für Wahrburg auf 9 Monate Gefängnis, Frau Langer 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und die oben bezeichneten Nebenstrafen. Wahrburg wird 1 Monat und der Langer werden 2 Monate Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Sarrasani unterwegs nach Magdeburg. Am Dienstag wird endlich das Magdeburger Gastspiel der berühmten Sarrasani-Gesellschaft beginnen, das neugegründeten Kleinen-Unternehmens Hans Groß-Sarrasani, der seine festen Winterquartiere in Berlin, Dresden und Frankfurt hat. Dieses Gastspiel wird zum Unfrühesten Ereignis ersten Ranges. Sarrasani ist inkombe, mit seinem hohen Auftritte zu erscheinen und dies Hauptspiel zu veranstalten, wie sie an anderer Stelle in Magdeburg nun und nimmer möglich sein können. 300 Künstler und 300 Tiere werden in jeder Vorstellung mitgeführt. 40 Gestaltwagen werden errichtet, darunter ein Altbau mit 600 Personen Fassungsvermögen, zahlreiche Autotaxen, 120 Wohn-, Kesselerie und Erntemaschinen führt Sarrasani mit sich. Der künstlerische, sportliche und wissenschaftliche Wert der Sarrasani-Gesellschaft ist bereits anerkannt. Mit den Auftritten auf dem Viktoriasportplatz an der Königsdörner Straße wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Sarrasani-Gesellschaft erhält Telefonanschluss unter Nummer 674, der Vorverkauf in der Stadt befindet sich bei Hermann Seyde, Kronprinzenstraße 1.

Wer regiert denn?

Von Heinrich Bichhoff.

(1. Fortsetzung.)

2. Pauline.

Colas Koffer ging blaß und die Hände ringend durch den innern Hof des Hotels, wo Herr Larnez einige Zimmer des Hintergrundes bewohnte. Das Hotel gehörte dem Grafen von Öron, der hier mit seiner Gemahlin eins der glanzvollsten Häuser in Paris machte. Man sagte sogar, der Prinz Soubise machte der Tochter des Grafen den Hof. In der Tat war der Prinz ein fleißig erscheinender Hausfreund, in der Tat sehr um die junge Gräfin beschäftigt. Allein er selbst wußte besser denn alle, daß seine Besuche weniger der Gräfin als deren lebenswürdigen Gespielin oder Gesellschafterin Pauline de Pons gälten. Pauline, eine elternlose Waise, ohne Vermögen, abhängig von der Gnade des Grafen, bekümmerte sich wenig um die Süßigkeiten, die ihr der vierzigjährige, in allen Hof- und Liebeshandeln vielversuchte Prinz zuführen machte. Sie, in frühster Lebensblüte, hatte desto hellere Augen für ihren schönen fünfundsünfzigjährigen Nachbar Colas. Sie hatte auch beiläufig mit ihm wichtige Geschäfte abzutun. Er schrieb für sie oder die junge Gräfin bald Gedichte ab, bald Musikalien; das erwachte ihm manche kleine Einnahme. Aber daß er Paulinens Herz eingenommen hatte, ließ er sich gar nicht befallen. Der Umgang mit Pauline war ihm ein angenehmes Bedürfnis. Warum hätte er nicht gern in Gesellschaft des anmutigen Mädchens sein sollen? Doch die stille Blut ihres Blickes verstand er gar nicht. Er ging ohne Herzklopfen zu ihr und mit aller Gelassenheit vor ihr. Er wußte gar nicht, was Verdenkhaft sei. Pauline fand am Fenster gegen den Hof, als Colas blaß und händeringend über denselben hinging. Sie erschrak, wie sie ihren Liebbling in seinem himmlischen Schmerz verloren sah. „Wah!“ rief sie gegen ihn. Er hörte nichts. „Colas!“ rief sie und mischte mit den Händen, als er zu ihr hinauffah. Er ge- sprachte feuchend.

„Was haben Sie, Colas? Im Gottes willen, was ist Ihnen begegnet?“ rief sie, als er in ihr Zimmer trat und sie bemerkte, daß er geweinig habe. Er schwieg und seufzte.

„Lieber Colas, reden Sie doch! Ihr Schweigen tötet mich. Ist ein Unglück geschehen? Sagen Sie mir's, wenn es auch das Entsetzlichste wäre. Ich beschwöre Sie, sagen Sie mir's.“ Er schwieg und seufzte.

Jetzt klang Paulinens Angst aufs höchste. „Wie, Colas, rief sie, Sie würdigen mich keiner Antwort? Habe ich Sie beleidigt? Gelte ich Ihnen gar nichts? Lassen Sie mich nicht länger in der tödlichen Ungebißheit. Reden Sie!“

Colas zuckte die Achseln und sagte: „Fräulein Pauline, lassen Sie mich schweigen. Ich darf nichts sagen, als — wir werden uns nun trennen. Ich verlasse morgen dieses Haus, vielleicht Paris.“

Pauline ward bei dieser Ankündigung sterbensbleich. Sie setzte sich kraftlos nieder, starrte ihren Freund an, ergriff dessen Hand, als wollte sie ihn festhalten, daß er nicht von ihr scheide und flammelte: „Colas, warum?“

Er schwieg. Nach einer kleinen Stille wiederholte sie die Frage mit zitternder Stimme. Ihre Augen wurden voller Tränen. „Nun, ich“ sagte sie, „bin ich Ihnen so wenig wert, daß Sie mir nicht einmal sagen mögen, warum Sie Paris verlassen wollen? Colas, wenn Sie so dächten, ich würde Sie von ganzem Herzen hassen, wenn ich's könnte. Nein, ich könnte es nicht, Colas. Gehen Sie aus. Ich hätte auf Erden keinen Freund als Sie. Gehen Sie. Sie finden der Freunde und Freundinnen genug, aber niemand der innigern Teil an Ihrem Glück und Unglück nimmt.“

„Sie!“ rief sie und verhäufte sich schmerzhaft das Gesicht.

Wie Colas die schöne Weinde ansah, verzog sich ganzes Jameres in Schmerz. „Ach, schöne Pauline,“ sagte er, „es ist ja nicht meine Schuld, daß ich fort muß. Wie gern bliebe ich. Wie sehr bewegt mich Ihre Teilnahme! Wenn Sie wüßten, was ich“

Pauline blinnte bei diesen Worten zu ihm auf und sagte:

„O Du Heuchler, ich Dir teuer und quälst mich doch so gern? Ich danke dem Himmel, daß ich keinen Bruder habe; denn gleich er Dir, ich wäre längst im Grabe.“

„Und hätte ich eine Schwester,“ versetzte er traurig, „und sie gliche Ihnen — ja, dann wäre mir wohl, dürfte ich meinen Kummer in ihr Herz ausgießen. Aber...“

„Schütten Sie Ihren Kummer aus. Vielleicht, lieber Colas, kann ich mit gutem Rat helfen. Denken Sie sich, ich sei die Schwester. Hier ist die Schwesterhand!“ Sie stand auf und bot ihm die Hand.

Er küßte ehrerbietig das Händchen und sah der schönen Schwester herüber in die Augen, die so zärtlich um sein Geheimnis fechten. — Was kostete es, diesen himmlischen Mund zu entriegeln! jagte sie und klopfte ihm mit den Fingern auf die Rippen und ließ die Hand nachlässig auf seine Schulter sinken. Man weiß nicht, wie es geschah, daß Bruder und Schwester Range an Range schritten, dann Mund an Mund für den Augenblick die Worte vergaßen. Colas aber fühlte sich wie verzaubert. Er sah im Fräulein de Pons wirklich seine Schwester. Er hatte sein Geheimnis mehr. Er vertauschte ihr unter dem vorher abgelegten Gelübde ewiger Verschwiegenheit alles an, was er vor einer halben Stunde erst von Herrn Larnez erfahren hatte.

Pauline, wie erschrocken sie auch beim Hören dieser Nachrichten war, fühlte sich doch dabei selbst. Sie liebte und wählte, der Liebe sei nichts unmöglich.

„Beruhige Dich, lieber Colas!“ sagte sie, „Du darfst. Du sollst mich nicht verlassen. Es werden sich Mittel erfinden lassen. Deinen Pflegevater zu retten!“

„Aber,“ seufzte Colas ängstlich, „ohne etwas zu verraten!“

„Nun mir nur gleich etwas befehle!“ rief sie und rief sich die Stirn. „Geh, Colas, geh! Laß mich allein. Ich will nunnen. Es muß etwas geschehen.“

Colas ging. Doch unter der Tür noch brüllte er nach und mit dem Finger zurief: „Schweiger Pauline, verlaß mich nicht, werde ich in meinem Leben der Bruder deiner Schwester sein.“

(Fortsetzung folgt.)

